

# Verheerende Legislatur-Bilanz: Mitte-Links schwächt die Schweiz!



Pressekonferenz der SVP Schweiz zur  
Legislatur-Bilanz 2019-2023

September 2023

# **Die verheerende Politik von Mitte-Links in 10 Punkten**

**Die SVP-Fraktion setzte sich in der Legislatur 2019-2023 entsprechend ihrem Wahlversprechen für die Schweiz ein. Die Bilanz von vier Jahren Mitte-Links-Mehrheit im Parlament ist jedoch niederschmetternd. Diese Politik gilt es am 22. Oktober zu korrigieren – es braucht mehr SVP im Bundeshaus!**

Der Zustrom Zehntausender von Asyl-Migranten bringt Kantone und Gemeinden an den Anschlag. Allein auf Bundesebene kostet uns das Asylwesen die Steuerzahler in diesem Jahr 4 Milliarden Franken. Wo immer es ungelöste Probleme gibt: Die Ursachen stehen in engstem Zusammenhang mit der ungebremsen Zuwanderung in unser kleines Land: Wohnungsnot, höhere Mieten, Strommangel, Stau, überfüllte Züge, immer teurere Krankenkassenprämien, Zubetonierung unserer Heimat, sinkendes Niveau an den Schulen, explodierende Kriminalität.

Die ideologische Klimapolitik gefährdet eine sichere und bezahlbare Energieversorgung – und sorgt für immer teurere Strom- und Energiepreise. Immer höhere Steuern und Abgaben belasten Familien, Mittelstand und Unternehmen. Die Aushöhlung der Schweizer Neutralität gefährdet unseren Frieden und unsere Stabilität. Erneute Annäherungsversuche an die EU zielen auf die Freiheit und Souveränität der Schweiz und auf die direkte Demokratie: Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger sollen entmündigt werden.

**Die SVP ist die einzige Partei, die konsequent Gegensteuer gibt und das Erfolgsmodell Schweiz verteidigt.** Ein erneuter Linksrutsch muss am 22. Oktober mit allen Mitteln verhindert werden! Wir brauchen in Bern dringend mehr SVP-Politiker, die sich für eine unabhängige Schweiz und optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft engagieren. Durch die Verstärkung der SVP-Bundeshausfraktion werden unsere traditionellen Schweizer Werte bewahrt und unsere Heimat geschützt – für eine sichere Zukunft in Freiheit!

**In 10 Punkten zeigen wir im Folgenden, wofür sich die SVP einsetzt – und wie die anderen Parteien die Schweiz schwächen**, indem sie die Grundlagen unseres politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolgs angreifen.

## **1. Schluss mit dem Asyl-Chaos**

Jedes Jahr kommen Hunderttausende Asyl-Migranten – vor allem junge Männer – nach Europa. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden und suchen sich ihr Asyl-Land mit dem besten Sozial-Komfort aus. Zum Beispiel die Schweiz: Für 2023 rechnet der Bund mit bis zu 40'000 Asylgesuchen. Mehrere Kantone haben bereits den Asylnotstand ausgerufen. Die SVP ist die einzige Partei, die das Asyl-Chaos konsequent bekämpft. Sie wehrt sich dagegen, dass Schweizer Mietern gekündigt wird, um Asyl-Migranten Platz zu machen. Sie kämpft dafür, dass die Landesgrenzen systematisch kontrolliert werden und Asylgesuche nur noch in speziellen Transitzone gestellt werden können. Sie macht Druck, dass Abgewiesene die Schweiz tatsächlich verlassen. Kriminelle müssen konsequent ausgeschafft werden.

## **Asyl für die ganze Welt**

Mitte-Links dagegen fordert die Umsetzung des UNO-Migrationspakts und somit die Einführung einer globalen Personenfreizügigkeit – auch für Asylanten. SP-Bunderätin Elisabeth Baume-Schneider hat eine neue Runde der «Willkommenskultur» eingeläutet: Sie behauptet, dass die Schweiz alle Asylanten, die in die Schweiz kommen, aufnehmen kann. Die SP will die vorläufige Aufnahme durch den noch viel grosszügigeren Status «humanitäre Aufnahme» ersetzen und die Schweiz für die ganze Welt öffnen. Auch die teuren Sozialleistungen für Asylanten wollen die Linken weiter ausbauen. Sie verlangen ein dauerhaftes Bleiberecht für alle, die zehn Jahre hier sind – inklusive Familiennachzug!

## **2. Keine 10-Millionen-Schweiz!**

Seit dem Jahr 2000 ist die Schweizer Bevölkerung um rund 1,5 Millionen gewachsen. Jährlich kommen weitere rund 80'000 Personen hinzu – hauptsächlich wegen der Asyl-Migration und der Personenfreizügigkeit mit der EU. In diesem Jahr könnten nochmals weit über 100'000 Menschen zusätzlich in unser kleines Land kommen.

Die Folgen trägt die Schweizer Bevölkerung: Wohnungsnot, Strommangel, Stau auf den Strassen, überfüllte Züge und Busse, stagnierendes Pro-Kopf-Einkommen, immer höhere Krankenkassenprämien, verschuldete Sozialwerke, Zubetonierung unserer schönen Landschaft, sinkendes Schulniveau und steigende Kriminalität. So kann es nicht weitergehen! Die SVP hat darum die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeitsinitiative) lanciert.

## **Seid willkommen, Millionen!**

Alle anderen Parteien missachten den Volkswillen (Ja zur Masseneinwanderungsinitiative und zur Ausschaffung krimineller Ausländer) und lehnen die von Volk und Ständen beschlossene Begrenzung der Zuwanderung ab. Sie wollen eine 10-, 15- oder sogar 20-Millionen Schweiz. Sie stimmten einem Postulat der Grünliberalen zu, das den Bundesrat auffordert, ein positives Bild einer 10-Millionen-Schweiz zu zeichnen und sie verschliessen die Augen vor den gravierenden Folgen der Massenzuwanderung – nicht zuletzt für unsere Natur und Umwelt.

## **3. Keine automatische Übernahme von EU-Recht und keine EU-Gerichtshofunterstellung**

Unter der Leitung von SVP-Bundesrat Guy Parmelin wurde das institutionelle Abkommen am 21. Mai 2021 beerdigt. Trotzdem plant der Bundesrat noch in diesem Jahr eine Neuauflage des Rahmenabkommens: automatische Übernahme von EU-Recht, Unterstellung unter den EU-Gerichtshof, Sanktionen bei Nichtbefolgung der EU-Vorgaben, Bezahlung jährlicher «Marktzutrittsgebühren» in Milliardenhöhe. Das Abkommen missachtet die Unabhängigkeit unseres Landes, die Rechte des Schweizer Volks, die Neutralität und den Föderalismus. Es käme einer Preisgabe der Schweiz gleich. Die SVP wird sich mit aller Kraft gegen die Neuauflage des Rahmenabkommens zur Wehr setzen!

## **Schleichender EU-Beitritt**

Die Grünliberalen führen die EU-Turbos im Bundeshaus an und fordern einen EU-Beitritt der Schweiz. Links-Grün sagt Ja zur EU-Rechtsübernahme, zu fremden Richtern oder dem direkten Zugang zu unseren Sozialleistungen für zugewanderte EU-Bürger. Die aktuelle Ablehnung eines Rahmenabkommens durch die Gewerkschaften kann mit Zugeständnissen im Bereich des Lohnschutzes schnell in Zustimmung kippen. Die SVP bleibt die einzige verlässliche politische Kraft, die sich gegen eine noch engere Anbindung an die EU wehrt.

#### **4. Gender-Terror und Woke-Wahnsinn stoppen**

Die SVP bekämpft vehement die Cancel Culture, also das Löschen, Sperren und Wegradieren unliebsamer Äusserungen und damit die soziale Ausgrenzung von Andersdenkenden. Das Recht auf freie Meinungsäusserung ist unantastbar. Die Auswüchse der Gender- und Transgender-Ideologie müssen gestoppt werden. Insbesondere unsere Schülerinnen und Schüler sind davor zu schützen. Buben sollen noch Buben und Mädchen noch Mädchen sein dürfen. Der Zensur und Manipulation kultureller Werke – man denke an «Winnetou», «Räuber Hotzenplotz» oder «Ronja Räubertochter» – ist ein Riegel zu schieben. Die SVP steht entschieden für eine freiheitliche Gesellschaft.

#### **Intoleranz der Toleranten**

Der von Links-Grün genährte Betroffenheitskult hat zum Ziel, vermeintliche Diskriminierungen von Minderheiten über die Anliegen der Mehrheit zu stellen. Radikale Minderheiten wollen der Mehrheit vorschreiben, wie sie zu leben haben und was sie noch sagen dürfen. Wie Studien bestätigen, sind die ach so toleranten Linken besonders intolerant. Wer links wählt, wählt den Weg in die Unfreiheit.

#### **5. Versorgungssicherheit stärken**

Wegen der hohen Zuwanderung ist der Netto-Selbstversorgungsgrad mit einheimischen Nahrungsmitteln auf unter 50 Prozent gefallen. In Krisenzeiten ist unsere Ernährungssicherheit akut gefährdet. Und aufgrund der verfehlten «Energiestrategie 2050» mit dem Ausstieg sowohl aus der Kernenergie als auch der fossilen Energie, drohen der Schweiz in den nächsten Jahren eine gefährliche Energiekrise und noch höhere Preise. Die SVP ist die einzige Partei, die vorbehaltlos für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung eintritt und für genügend einheimische Nahrungsmittel. Sie sagt Nein zu Technologieverboten und setzt auf realistische Lösungen statt auf ideologische Experimente.

#### **Strommangellage mit katastrophalen Auswirkungen**

Die links-grüne Energiepolitik führt zu einer Strommangellage mit katastrophalen Auswirkungen. Die Wind- und Sonnenenergie alleine kann die Stromlücken im Winter nicht füllen. Nur die von Links-Grün verteufelten Kernkraftwerke liefern genügend Bandenergie. Gleichzeitig blockieren dieselben links-grünen Kreise den Ausbau der Wasserkraft: Sie verhinderten zwanzig Jahre lang die Erhöhung der Grimsel-Staumauer. Die Landwirtschaft wird mit immer neuen ökologischen Vorschriften eingedeckt. Die Folge: Die Schweizer Bauernfamilien können immer weniger produzieren, die Lebensmittel werden teurer oder müssen aus dem Ausland importiert werden.

#### **6. Stärkung der Familie und des Mittelstands**

Seit dem Linksrutsch bei den Wahlen 2019 wird die traditionelle Familie immer mehr geschwächt, der Mittelstand ächzt unter der Verteuerung der Energie, der Mieten und des Konsums. Dagegen wehrt sich die SVP. Sie unterstützt die Beseitigung der Heiratsstrafe bei den Steuern und die Abschaffung des Eigenmietwerts. Neue Bundesgelder in Milliardenhöhe für die externe Kinderbetreuung lehnt sie jedoch entschieden ab.

### **Aufgeblähter Staatsapparat**

Nicht erst seit den Rekorddefiziten in den Corona-Jahren hat die Mitte-Links-Mehrheit die Schleusen geöffnet: Der Staat gibt immer mehr Geld aus. Bundesangestellte verdienen einen Drittel mehr als Leute, die in der Privatwirtschaft arbeiten: im Durchschnitt über 125'000 Franken im Jahr. Die Bundesausgaben steigen massiv an: im Jahr 2000 betrug die Gesamtausgaben 47,1 Milliarden. Für dieses Jahr sind bereits 86,2 Milliarden geplant. Ein Plus von 39,1 Milliarden. Wer bezahlt? Der arbeitende Mittelstand und die Steuerzahler.

## **7. Ja zu Neutralität und Selbstverteidigung**

Seit dem Ende des Kalten Krieges wurde die Schweizer Armee derart ausgehöhlt, dass sie die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung und die territoriale Integrität der Schweiz nicht mehr garantieren kann. Es mangelt an allem: an Mannschaft, Waffen und Ausrüstung. Gleichzeitig verraten die anderen Parteien die immerwährende bewaffnete Neutralität und wollen die Schweiz in die Arme der Nato treiben. Die SVP forderte erfolgreich, dass die Finanzmittel für die Armee von 5 auf 7 Mia. Franken und bis auf ein Prozent des BIP erhöht werden. Der Sollbestand soll um mindestens 20'000 Armeeeingehörige aufgestockt werden. Die Neutralitätsinitiative verlangt, dass die Schweiz an der immerwährenden, bewaffneten und integralen Neutralität festhält. Eine weitere Annäherung an die NATO oder die Sicherheitspolitik der EU lehnt sie entschieden ab.

### **Armeeabschaffung ist Programm**

Die SP postuliert in ihrem Parteiprogramm die Abschaffung der Armee und fordert gleichzeitig Waffenlieferungen an die kriegführende Ukraine. Linke und Grüne lehnen die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit ab. Sie haben sich potenziellen Angreifern bereits ergeben. Die links-grüne Politik bedeutet die Preisgabe der Sicherheit – und damit der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung.

## **8. Steuerliche Entlastung bei den Krankenkassenprämien**

Auch in diesem Herbst sollen die Krankenkassenprämien um fünf bis sechs Prozent ansteigen. Diese dramatische Entwicklung – vor allem für den Mittelstand – darf so nicht weitergehen! Die SVP fordert eine Erhöhung der Steuerabzüge für die Krankenkassenprämien, die Einführung einer Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme sowie eine Krankenversicherung mit stark eingeschränktem Leistungskatalog für Asylbewerber und Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht.

### **Noch mehr bezahlen für die Gesundheit**

Anstatt ein bezahlbares und sicheres Krankenkassensystem sicherzustellen, will Linksgrün ein vom Steuerzahler finanziertes Gesundheitssystem für alle – inklusive Asylanten, die nie Prämien bezahlt haben oder zahlen werden! Auch Steuerabzüge als wirksames Mittel gegen die steigende Prämienlast lehnt Links-Grün ab. Diese unverantwortliche Politik führt dazu, dass die Prämien weiter

steigen. Dabei sind die hohen Gesundheitskosten bereits heute eine Hauptsorge der Bevölkerung.

### **9. Altersvorsorge sichern**

Die Gewerkschaften wollen eine 13. AHV-Rente mit Kostenfolgen von jährlich mehr als 5 Mia. Franken. Die Rechnung zahlt die Bevölkerung mit höheren Mehrwertsteuern und die arbeitende Bevölkerung mit höheren Lohnabzügen. Die SVP lehnt diese extreme AHV-Initiative ab. Stattdessen unterstützt sie die Aufhebung der Diskriminierung der Ehepaare bei den AHV-Renten mit der «Initiative für faire Renten» und sie unterstützt die Sanierung der zweiten Säule, mit der Teilzeitbeschäftigte besser abgesichert und der Sparprozess verstärkt werden.

### **Noch mehr Steuern und Abgaben**

Links-Grün fordert mehr Geld zum Verteilen, obwohl immer weniger Arbeitende die AHV der Rentner finanzieren müssen. Das geht nicht auf. Steuern und Abgaben lösen das Problem nicht. Einfache und praktikable Lösungen – etwa Steuerabzüge der Rentner oder eine Steuerbefreiung der AHV – lehnen die Linken aus ideologischen Gründen ab.

### **10. Ausgabenwachstum bremsen**

In den letzten 30 Jahren haben sich die Bundesausgaben von 32 Mia. (1990) auf 88 Mia. Franken (2020) fast verdreifacht. Und wegen der Corona-Massnahmen ist die Staatsverschuldung in kürzester Zeit um rund 30 Mia. Franken angestiegen. Die SVP fordert die dringliche Sanierung der Bundesfinanzen – unter anderem durch die Einführung eines Finanzreferendums, eine Reduktion der Bundesausgaben auf jährlich maximal 65 Mia. Franken, eine Begrenzung der Entwicklungshilfe auf 2 Mia. Franken, eine Senkung des Bundespersonals auf 35'000 Vollzeitstellen und die Abschaffung von teuren Privilegien für die Bundesangestellten (bis zu sieben Wochen Ferien oder 37-prozentige Pensionskassen-Altersgutschriften).

### **Linkes Geschäftsmodell: Das Geld anderer Leute ausgeben**

Die Linken sind Weltmeister darin, Geld zu verteilen, das sie nicht verdient haben und das ihnen nicht gehört. Sie befürworten die Kohäsionsmilliarde für die EU oder Milliarden für die Entwicklungshilfe. Während sie die Sozialausgaben explodieren lassen, wollen sie die Armee kaputtsparen. Auch die Aufblähung des Staates durch stetige Bürokratisierung, angetrieben durch internationale Organisationen mit oft undurchsichtigen Aufgaben, zieht dem Bürger das Geld aus dem Portemonnaie. Linksgrüne Politik ist Politik auf dem Buckel des Steuerzahlers.